

Die Leistungsfähigkeit privater und betrieblicher Altersvorsorgesysteme

Die deutsche Gesellschaft steht vor der Herausforderung des demografischen Wandels, verbunden mit Schwächen des Umlagesystems der gesetzlichen Rente in einer alternden Gesellschaft. Es wird zukünftig immanently wichtiger sein, dass die beiden anderen Säulen gestärkt und weiterhin zukunftssicher ausgerichtet werden. Wie das geschehen kann, wurde im Rahmen der Jahrestagung der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) und der Deutschen Gesellschaft für Versicherungs- und Finanzmathematik e.V. fachlich heiß diskutiert.

„Seit Jahren diskutieren wir in Deutschland über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung, die betriebliche Altersversorgung (bAV) und die private Altersvorsorge, auch in der Politik“, führt Moderator Dr. Marc Surminski in das Thema ein. „Geschehen ist, wenn man ehrlich bleiben möchte, relativ wenig.“

Die Auftaktfrage, welche Option die bessere sei, um eine stärkere Verbreitung der bAV zu schaffen, beantworteten 61 Prozent der abstimmenden Aktuarinnen und Aktuari mit der Antwortmöglichkeit „Opt-out-Lösung“, 26 Prozent mit „Obligatorium/Pflichtlösung“ und 13 Prozent mit „Weiter auf freiwilliger Basis und ohne Opt-out“.

Eine Ausweitung des Sozialpartnermodells ist gewünscht

Wenn man sich die bAV ansehe, sei klar, dass es eine starke Basis gebe, die Verbreitung in den letzten Jahren aber stagniere, so Markus Hofmann, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Mit dem Sozialpartnermodell (SPM) sei ein Instrument geschaffen worden, das nun von ver.di und der IG Bergbau, Chemie, Energie gangbar gemacht worden sei.

Auch Maximilian Reiter, Mitglied des Vorstands der Jungen Liberalen, befindet es als positiv, dass die bAV im Rahmen von Tarifverhandlungen mitgedacht und diskutiert wird. „Eine Ausweitung darüber hinaus würde mir aber zu weit gehen.“ Viele Arbeitnehmer hätten sehr unterschiedliche Bedürfnisse und eine variierende Risikobereitschaft, denen man im Rahmen einer bAV Rechnung tragen müsse.

Das SPM löse genau die Fragen, mit denen sich die bAV in letzter Zeit konfrontiert sehe, findet hingegen Susanna Adelhardt, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der DAV und Vorstandsmitglied des IVS – Institut der Versiche-

rungsmathematischen Sachverständigen für Altersversorgung e.V.: Es entlaste den Arbeitgeber, schaffe Anreize, dort zu investieren, ermögliche eine sachwertorientierte Kapitalanlage. Aus ihrer Sicht sollte es möglichst weit in die Breite getragen werden.

Garantien in der bAV

„Die Frage der Garantien ist eine, die man immer vor dem Hintergrund der realen Möglichkeiten sehen muss“, führt Dr. Max Happacher, Vorstandsvorsitzender der DAV, aus. Das bedeute, dass die Grundsicherung, die notwendig sei, um die laufenden Kosten zu decken, nicht der Bewegung des freien Marktes unterworfen sein dürfe. Auf der einen Seite gebe es die gesetzliche Rente, die eigentlich den Anspruch habe, genau diese Grundsicherungsbasis abzudecken, aber mit einem in den nächsten 20 Jahren bis auf 42 Prozent absinkenden Versorgungsniveau dazu nicht mehr wirklich geeignet erscheine. Aufsetzen müssten Elemente, die gewisse Garantien böten. Derzeit seien etwa Garantien von 60 bis 80 Prozent mit einem auskömmlichen Risiko-Rendite-Profil darstellbar.

Opt-out für die bAV?

Maximilian Reiter vergleicht die Idee einer Opt-out-Lösung mit der Debatte um die Organspende und stellt die „mandated choice“-Regelung vor, bei der eine Auseinandersetzung mit dem Thema verpflichtend ist, nicht aber die finale Entscheidung. Wichtig sei, dass jeder und jede am Ende die Entscheidung selbst fällen könne, da es sehr unterschiedliche Lebenswege gebe.

Eine lebenslange Rente schafft Sicherheit

Darüber, dass nur eine lebenslange Rentenzahlung Sicherheit im Alter schaffe, herrschte weitestgehend Konsens auf dem Podium. Markus Hofmann möchte jedoch auf die aus seiner Sicht erheblichen Kosten im Bereich der privaten Alterssicherung eingehen. Das wirtschaftlichste System in der Umsetzung sei die gesetzliche Rentenversicherung.

Effizienz und gesetzliche Rente in einem Satz findet Maximilian Reiter wiederum vor dem Hintergrund schwierig, dass jedes Jahr ein Viertel des Bundeshaushaltes als Rentenzuschuss aufgewendet werden müsse. Das ginge zulasten derjenigen Generationen, die gerade

Steuern zahlten. Markus Hofmann betont demgegenüber, dass bereits seit den 1950er-Jahren ein Viertel des Bundeshaushaltes als Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung aufgewendet werde. Das System sei mit dem Anspruch aufgebaut worden, dass der Staat einen Anteil der Renten aus Steuermitteln trage. Gleichzeitig seien die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung so niedrig wie nie zuvor.

Mehr Kapitaldeckung in der Altersvorsorge

Die Einstiegsfrage in den Themenkomplex der privaten Altersvorsorge, ob eine stärker sachwertorientierte Kapitalanlage (z. B. Aktien) in der Altersvorsorge notwendig ist, beantworteten 88 Prozent der abstimmenden Aktuarinnen und Aktuar mit „Ja“.

Maximilian Reiter betont, dass Anlagen am Kapitalmarkt weniger inflationsanfällig seien als nominal festgeschriebene Garantien. Bei einer staatlichen Förderung müssten diskriminierungsfrei über Produkte hinweg Anreize geschaffen werden, privat vorzusorgen. Wichtig sei, nicht in ein staatliches Mikromanagement zu geraten, sondern die notwendige Flexibilität zuzulassen.

Max Happacher erläutert, die bAV und die private Altersvorsorge seien dazu da, das sinkende Versorgungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung abzufedern. Dem eine kapitalgedeckte Ebene hinzuzufügen, sei in jedem Fall sinnvoll. Aufgrund der langen Anlagezeiträume müsse in Substanzwerte investiert werden. Dadurch würden auch Mittel frei, die in den ökologischen Umbau der deutschen Gesellschaft investiert werden könnten.

Staatlicher Fonds nach schwedischem Modell?

Max Happacher erläutert, es gäbe viele Lösungsansätze, die in ihrer Durchführung stark voneinander abwichen. Er würde auf jeden Fall davon abraten, ein Konstrukt aufzubauen, das personenindividuelle Konten führe, da eine kollektive Lösung viel bessere Risikopufferung und kostengünstigere Bestandsverwaltung brächte.

Maximilian Reiter wirft die Frage auf, woher das Geld für mehr gesetzliche Rente kommen solle. Die Abgabenglast sei in Deutschland bereits sehr hoch. Daher sei eine kapitalgedeckte Säule für die gesetzliche Rentenversicherung aus seiner Sicht auf jeden Fall der richtige Weg. Schweden zeige, dass dies funktionieren könne.

Mit dem schwedischen Modell zeigt Markus Hofmann sich ebenfalls einverstanden, da dabei 70 Prozent der Alterssicherung aus der bAV kämen. Er mahnt, wenn man sich andere Systeme ansehe, müsse man sich anschauen, wie diese insgesamt zusammenwirkten. Bei einem Staatsfonds käme außerdem die Frage der Haftung im Falle eines Totalverlustes auf.

Risiken gäbe es in allen Systemen, wirft Maximilian Reiter ein, die Frage sei, wie man damit am besten umgehe. Am Beispiel Griechenlands habe man etwa gesehen, dass auch umlagefinanzierte Systeme politische Risiken hätten, die ganz unverhofft eintreten könnten.

Zu guter Letzt wehrt sich Maximilian Happacher gegen die Darstellung, es sei eine Frage von entweder umlage- oder kapitalgedeckter Finanzierung. Es müsse ein „und“, ein Miteinander, geben: „Das ist Risikodiversifikation, man darf nicht nur auf ein Pferd setzen, sondern muss es immer ausgleichen.“ Es gebe immer verschiedene Entwicklungen in den verschiedenen Säulen. Die Kunst sei, diese auszubalancieren.



Über die weitere Stärkung der Leistungsfähigkeit deutscher Alterssicherungssysteme wurde heiß diskutiert.



Dr. Marc Surminski moderierte die Diskussion.

